

Mittelstandsportal-Newsletter

September 2004 – Edition 80 – ISSN 1615-3049

Inhalt:

Beiträge für alle Newsletter-Leser:

- **Geld - Finanzen**
Schulden-Trend deutscher Konsumenten hält ungebrochen an – Seite 1 -
- **Steuern**
Umsatzsteuer-Nachschau – Seite 2 -
- **Internet – e-Business**
E-Commerce Umgebung selbst entwickeln – Seite 3 -
- **IT – TK**
Jeder zehnte Windows-User will Plattform wechseln – Seite 4 -
- **Marketing**
Marketing für Senioren immer wichtiger – Seite 4 -
- **Management Personal Organisation**
Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz + Neues Meldegesetz erschwert Adressermittlung – Seite 5 -
- **Wirtschaft**
Mittelstand investiert zunehmend im Ausland – Seite 5 -
- **Businesstravel**
Warnwesten nicht vergessen – Seite 6 -
- **Personal News**
Sicherheit auf Reisen – Seite 7 -
- **Limited-/Incorporated-News**
Ein Bankkonto für Ihre Limited – Seite 7 -
- **Impressum** – Seite 8 -

**Exklusiver Sonderteil nur für Abonnenten:
- ab Seite 9 -**

- ☒ **PDFs kostenlos auf Eignung als Druckvorlage testen lassen**
- ☒ **Suchfunktionen von Outlook durch Gratisprogramm optimieren**
- ☒ **Kennzahlen verstehen und interpretieren – Gratis-Kurs**
- ☒ **Ratgeber e-Learning und Online-Kurse gratis**
- ☒ **Gratis Profi-Hosting incl. Domain**

**Ein kostenfreies Abo können Sie ganz einfach bestellen durch eine E-Mail an: abo@mittelstandsportal.de
Abbestellen können Sie es jederzeit durch einen Click auf den Link, den jede E-Mail enthält.**

Geld - Finanzen

Schulden-Trend deutscher Konsumenten hält ungebrochen an

Fast 900.000 gerichtliche Zwangsmaßnahmen seit Januar 2004 / Gläubiger greifen schneller und härter durch.

Die Zahl der gerichtlichen Zwangsmaßnahmen* gegen Privatpersonen in Deutschland stieg im ersten Halbjahr 2004 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,0 % auf 888.830 Fälle. Vor allem in den östlichen Bundesländern ergab sich ein deutlicher Anstieg um 15 % auf 155.978. In den westlichen Bundesländern stieg die Zahl der Maßnahmen zur gerichtlichen Eintreibung offener Forderungen um 4,3 % auf 732.852.

Noch nie wurden Schuldner in Deutschland innerhalb von sechs Monaten mehr Eidesstattliche Versicherungen (EV) abgenommen als im ersten Halbjahr 2004. Insgesamt 554.523 "Offenbarungseide" mussten Schuldner leisten, 6,8 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Rasant verlief die Entwicklung in den neuen Bundesländern: um 18,5 % auf 104.178 stieg hier die Zahl der Fälle. Im Westen ergab sich ein Anstieg um 4,4 % auf 450.345 Fälle. Mecklenburg-Vorpommern mit + 72,6 % (14.906), Sachsen-Anhalt mit + 45,8 % (19.248) und Nordrhein-Westfalen mit + 19,2 % (139.212) liegen deutlich an der Spitze. Rückgänge gab es dagegen in Bremen (- 20,2 %), Hamburg (-16,0 %) und Rheinland-Pfalz (-12,9 %).

Die teilweise hohen Anstiege sind u.a. darauf zurückzuführen, dass sich in einigen Regionen aufgrund Personalmangels Verfahrensstaub gebildet haben. Zudem reagieren Gläubiger ungeduldiger, wenn Schuldner die auch im Inkassoverfahren vereinbarten Ratenzahlungen nicht einhalten. Und auch die Gerichtsvollzieher greifen bei Schuldnern deutlich härter durch.

Hinzu kamen im ersten Halbjahr 293.149 (+ 7,4 %) Haftanordnungen (Durchsetzung der Eidesstattlichen Versicherung vor Gericht oder durch Haft). Auch hier boomen die östlichen Bundesländer mit einem Zuwachs von 18,9 % auf 44.329 Fälle. In den westlichen Ländern stieg die Zahl der Haftanordnungen um 5,6 % auf 248.820 Fälle. Betroffen sind vor allem Schuldner in Sachsen-Anhalt (+ 63,1 %), im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern (jeweils + 36,0 %). Deutliche Rückgänge gab

Mittelstandsportal-Newsletter

September 2004 – Edition 80 – ISSN 1615-3049

es in Rheinland-Pfalz (- 11,1 %), Schleswig-Holstein (-9,2 %) und Hamburg (- 8,8 %).

Als letzten Ausweg aus der Schuldenspirale suchen immer mehr private Schuldner den Weg in die Insolvenz: 41.158 Privatinsolvenzen wurden im ersten Halbjahr 2004 beantragt. Das sind 28,4 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Forciert wurde die Gesamtentwicklung in 2004 vor allem in den westlichen Bundesländern mit einem Anstieg um 33,9 % auf 33.687. In den östlichen Bundesländern stieg die Zahl der Privatpleiten um 8,4 % auf 7.471 Fälle. In Deutschland liegen Baden-Württemberg (+ 63,2 %), Brandenburg (+ 57,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+ 50,2 %) an der Spitze. Deutliche Rückgänge gab es in Bremen (- 17,4 %) und im Saarland (- 12,2 %). Betroffen sind neben Konsumenten auch Selbstständige, Ich-AGs und Kleingewerbetreibende, die sich durch die Restschuldbefreiung im Wege der Privatinsolvenz eine endgültige Entschuldung erhoffen. Ein Grund für den Boom: die Stundung der Verfahrenskosten erleichtert Privatpersonen den Weg in die Pleite und ermöglicht ihn häufig erst. Hinzu kommt, dass es bei Selbstständigen und Ich-AGs oftmals am unternehmerischen Wissen sowie dem nötigen Eigenkapital mangelt, um Engpässe zu überbrücken. Die Last der Privatinsolvenzen tragen Länder, Kommunen und Steuerzahler - rund 2000 Euro kostet ein Verfahren, dessen Kosten den Privatpleitiers gestundet werden.

Die Gründe für die wachsende Schulden liegen bei Anbietern und Schuldner gleichermaßen. Der Handel lockt Konsumenten mit Krediten und bequemen Ratenzahlungen. Auto- oder Möbelhäuser treten als Kreditgeber auf, um den Verkauf anzukurbeln. Dabei vernachlässigen sie oftmals die Prüfung des finanziellen Spielraums ihrer privaten Kunden.

Viele Schuldner unterschätzen die tatsächlichen Kosten der Anschaffungen auf Kredit, bei denen zum Kaufpreis Zinsen und Bearbeitungsgebühren hinzu kommen. Entsprechend resultiert ein Großteil der privaten Schulden aus Kreditverträgen für Immobilien, Leasing, Möbel oder Reisen. Aber auch Forderungen aus Handyrechnungen oder Handwerksleistungen werden immer öfter per gerichtlicher Zwangsmaßnahme eingetrieben.

Nicht immer ist Geldmangel der Grund für ausstehende Zahlungen. Schließlich verfügen deutsche Haushalte durchschnittlich über rund 40.300 Euro** Vermögen. "Schuldner verzögern oft ganz bewusst fällige Zahlungen. Im

Gegenzug straffen Gläubiger ihr Forderungsmanagement und streben inzwischen schneller und häufiger harte gerichtliche Maßnahmen an", so Johan Zevenhuizen, Geschäftsführer der Bürgel Wirtschaftsinformationen. Unter den Forderungsausfällen leiden Firmen aller Branchen, die Privatpersonen Waren auf Kredit liefern oder Dienstleistungen erbringen. Oft gerät dadurch die ohnehin dünne Liquiditätsdecke ins Wanken.

Für das Gesamtjahr 2004 erwartet Bürgel eine Zunahme der gerichtlichen Zwangsmaßnahmen gegenüber 2003 um 7,4 % auf insgesamt rund 1,8 Mio. Fälle. Erstmals kann ab 2005 auch festgestellt werden, wie viele Restschuldbefreiungsverfahren im Wege der Privatinsolvenz tatsächlich zum Erfolg geführt haben. Dann läuft die siebenjährige Wohlverhaltensperiode für die in 1999 beantragte Privatinsolvenzen ab.

In der Perspektive ist für alle Unternehmen deren Kunden Privathaushalte sind wichtig zu bedenken, dass die Anfang nächsten Jahres in Kraft tretende Arbeitsmarktreform Hartz IV wohl zu einem weiteren dramatischen Anstieg der Zahl überschuldeter Haushalte führen wird. Viele Haushalte, die sich jetzt noch schlecht und recht durchschlagen und ihren Verpflichtungen nachkommen, werden dann wohl die Ratenzahlungen einstellen. Der ein oder andere wird wohl auch auf den Versandhandel ausweichen, da er dort noch Waren bekommt, die er im stationären Handel bar nicht mehr bezahlen könnte. Auch dürfte der Privatkonsum dürfte dann empfindlich einbrechen. (uvm/ots)

Steuern

Umsatzsteuer-Nachschau

"Zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Festsetzung und Erhebung der Umsatzsteuer können die damit betrauten Amtsträger der Finanzbehörde ohne vorherige Ankündigung und außerhalb einer Außenprüfung Grundstücke und Räume ... betreten, um Sachverhalte festzustellen, die für die Besteuerung erheblich sein können. Wenn die bei der Umsatzsteuer-Nachschau getroffenen Feststellungen hierzu Anlass geben, kann ohne vorherige Prüfungsanordnung (§ 196 der Abgabenordnung) zu einer Außenprüfung nach § 193 der Abgabenordnung übergegangen werden."

Mittelstandsportal-Newsletter

September 2004 – Edition 80 – ISSN 1615-3049

Was bedeutet diese neue Regelung für Sie?! Es gibt keine Vorwarnzeiten mehr. Umsatzsteuer-Prüfungen kommen jetzt unangemeldet und Sie müssen Ihre Unterlagen so präparieren, dass diese immer aktuell sind. Gerade in kleinen und mittleren Unternehmen nicht immer der Regelfall. Besonders „Prüfungsanfällig“ sind dabei Firmen,

- mit Geschäftskontakten im Ausland
- die Rechnungen sowohl mit 7 als auch mit 16 % USt ausstellen
- deren Umsatz nicht dem Branchendurchschnitt entsprechen
- die hin und wieder Vorsteuerrückerstattungen erhalten

Dabei reicht es aus, schon einen dieser Gründe zu erfüllen. Wenn Sie also zur gefährdeten Gruppe gehören, sollten Sie unbedingt mit Ihrem Steuerberater eine Strategie für den Fall der Fälle entwickeln. Wie sieht z.B. Ihr Anlagenverzeichnis aus? Ist dies nicht korrekt geführt, so ist eine vernünftige Vorsteuer-Verprobung nicht möglich und schon haben Sie ein Problem.

Internet – e-Business

E-Commerce Umgebung selbst entwickeln

E-Commerce möchte heute praktisch jeder betreiben, doch professionelle Anwendungen sind teuer und treffen selten alle individuellen Ansprüche. Doch es gibt eine preisgünstige Entwicklungsumgebung, die eine echte Lösung für kleine und mittlere Unternehmen bietet, insbesondere für E-Shops und E-Kataloge und den Verkauf von Dateien wie Musik, Bücher, Trainingseinheiten etc.

Das 4D Business Kit 2.2 bietet viele automatische Funktionen, dank derer Sites mit minimalem Zeitaufwand bei maximaler Leistung verwaltet werden. Mit einer Lizenz für 636,84 € incl. MWSt können sofort zwei verschiedene Shops betrieben werden. Und weitere Shop-Lizenzen sind 5-Stück-weise zum gleichen Preis verfügbar. Hier nur einige Highlights:

1. Internationale Verkäufe sind selbstverständlich, da mehrere Steuersysteme verwaltet und länderspezifische Bedingungen berücksichtigt werden.
2. Suchmaschinen können die Inhalte der Shops einfach finden und indizieren.

So werden Artikel und Produktbeschreibungen einem viel größeren Publikum bekannt.

3. Durch die Verwaltung externer Multimedia Objekte ist der Verkauf von Dateien, die z.B. downloadbar sind, möglich. Dies können Musikstücke sein, Filme, Bücher, Artikel aus Zeitschriften, Trainings, Wissen oder Bilder.
4. Der integrierte Web Server protokolliert alle Aktivitäten: Verbindungen (Log Files), Anfragen und E-Mails.
5. Serien-E-Mails und das Versenden eigener HTML-Seiten per E-Mail, wie beispielsweise HTML-Newsletter für selektierte Kundengruppen eröffnen der Kundenkommunikation ganz neue Dimensionen.

Alle Funktionalitäten finden sich auf der Homepage: <http://www.de.4d.com> – Unserer Ansicht nach eine unverzichtbare und vor allem bezahlbare Basis für E-Commerce und E-Business.

In Kürze

Die Entführung der „e-Bay“-Domain zeigt eine große Gefahr für Ihre .de-Domains. In typisch deutschem Dilettantismus akzeptiert Denic eine von einer beliebigen Person beantragte Domainübertragung nach 5 Tagen, wenn Sie – als bisheriger Inhaber der Domain - dieser nicht widersprechen. Keine Antwort gilt also als Zustimmung, was weltweit ziemlich einmalig ist. Denn in anderen Ländern müssen sie einer Übertragung explizit zustimmen. Wenn also jemand Ihre de.Domain haben will, muß er nur abwarten bis Sie im Urlaub/Betriebsferien sind, und dann einen Antrag auf Übertragung Ihrer Domain stellen. Und schon hat er sie und erhält u.a. alle für Sie bestimmten E-Mails. Ein Problem, das vor allem kleine Unternehmen und Freiberufler bzw. Selbständige trifft. Hier kann nur eine Schutzschrift helfen, die Sie Denic zustellen lassen (per Postzustellungs-urkunde) und in der Sie festlegen, dass Ihre Domain nur mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung übertragen werden darf und Sie Denic für alle allfälligen Schäden Schadensersatzpflichtig halten.

Unter www.fairpartners.com gibt es ein neues Handelszentrum für gewerbliche Waren und Dienstleistungen, das aus der Fusion der Lufthansa und der IT-Services Plattform mit 5.400 Partnern entstand und die besonders kleinere Firmen und Einkäufer im Visier hat.

IT - TK

Jeder zehnte Windows-User will Plattform wechseln – aber nur fünf Prozent der Unternehmen planen komplette Migration

Die Zahl der Unternehmen, die von Unix- oder Windows-Plattformen auf Linux wechseln will, ist nach einer aktuellen Studie eher bescheiden. Demnach wollen in den kommenden zwei Jahren lediglich vier Prozent der Unternehmen von Unix-Servern auf Linux umsteigen. Bei Benutzern von Windows-Plattformen sind es dagegen immerhin elf Prozent. Generell seien die Unternehmen beim Wechsel auf Linux allerdings vorsichtig.

Was den Desktop-Bereich betrifft, so glauben 36 Prozent in den kommenden Jahren ein "paar Linux-PCs" in ihrem Unternehmen zu haben. Nur fünf Prozent planen jedoch eine vollständige Migration auf Linux, die große Mehrheit - 57 Prozent - hält im Desktop-Bereich an Windows fest. Von den Unternehmen, die Linux "ein bisschen" einsetzen, tun dies offensichtlich viele, um bei zukünftigen Verhandlungen mit Microsoft ein Faustpfand in der Tasche zu haben. "Wir wollen gar nicht auf Linux umsteigen", zitiert der Bericht einen ungenannten Manager. "Aber wir verwenden es als Druckmittel gegen Microsoft."

"Es gibt kein Betriebssystem, das für alle Unternehmen genau das Richtige ist", meint die Yankee-Group-Analystin Laura DiDio. Jede Firma müsse selbst untersuchen, was passend ist. Insbesondere wenn individuell programmierte oder angepasste Software eingesetzt wird ist die Portierbarkeit und deren Kosten ein wichtiger Faktor. Generell sollte vor einer Linux-Migration genau geprüft werden, ob ein Wechsel der Plattform tatsächlich technologische Verbesserungen oder einen besseren Return of Investment (ROI) bzw. niedrigere Gesamtkosten (Total Cost of Ownership) bringt. (pte)

In Kürze

Sie müssen genau festhalten wie lange Sie am Computer arbeiten? Dann hilft Ihnen dieses kleine Tool weiter:

<http://www.cratchit.org/TimeTool/>

38 Mill. Menschen waren im ersten Quartal 2003 in Deutschland online, das sind 52% der Bevölkerung ab zehn Jahren. Damit liegt Deutschland im Mittelfeld.

Marketing

Marketing für Senioren immer wichtiger Anliegen älterer Menschen finden zusehends Eingang in die Werbung

Nach Jahren des Jugendwahns rückt das Generationen-übergreifende Marketing immer mehr ins Bewusstsein der Werber. Bestes Beispiel dafür ist die aktuelle Kampagne von Audi für den A6. Im aktuellen TV-Spot fährt ein älterer Schauspieler vor einer Kirche vor und fährt dann mit einer jungen Braut davon. Die Szene ist eine Anspielung auf den 60er-Jahre-Klassiker "Die Reifeprüfung". Der Unterschied: Dustin Hoffmann entführt im aktuellen Spot seine eigene Tochter. Kritiker attestieren der Werbe-Branche nach wie vor einen gewissen Jugendwahn. Und wenn alte Menschen in Werbungen auftauchen, dann würden sie nicht selten die Rolle von Witzfiguren übernehmen, so die Financial Times.

In der Branche ist jedoch längst bekannt, dass die älteren Generationen ein ernst zunehmender Wirtschaftsfaktor sind. Laut einer Erhebung der Marktforscher von GfK stehen diesen Haushalten 2.600 Euro pro Monat zur Verfügung. Der Anteil der über 50-Jährigen wächst und soll im Jahr 2050 knapp die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Trotzdem würden sich die Produktionen innerhalb der Werbindustrie noch immer an die jüngeren Generationen richten, so der Vorwurf, und nicht zuletzt, weil Werber meist selbst nicht älter als 30 sind. Wenn sie dann doch ältere Menschen darstellen, würden sie dies im Regelfall nicht ohne eine gewisse Häme tun.

Renommierte Werbeagenturen haben für die ältere Zielgruppe jedoch längst eigene Units eingerichtet, die die richtigen Werbebotschaften entwickeln sollen. Ältere Leute wollen auch nicht mehr als Senioren angesprochen werden, so Marketingexperten, die die nach wie vor sehr präzente Jugend in der Werbung rechtfertigen. Die Jahrgänge 1950 bis 1964, die "Babyboomer", würden sich heute jünger fühlen als es ihrem Alter entspricht. Das explizite Ansprechen älterer Menschen in der Werbung werde auch deshalb vermieden. Außerdem könnte es passieren, dass die jüngeren Zielgruppen durch eine etwaige "Oldie-Werbung" abgeschreckt werden.

Die Unternehmen selbst haben ihre Produkte mittlerweile Generationen-übergreifend gestaltet. Nahrungsmittelhersteller wie Nestlé und Unilever richten die Produktsortimente mittler-

weile in Richtung Wohlbefinden aus. In den entsprechenden Werbespots tauchen auch nicht überproportional viele ältere Menschen auf, sondern es werden Themen wie Gesundheit und Fitness betont, die für Ältere besonders interessant sind. Zusätzlich sind die Produktverpackungen nicht schrill, sondern in ruhigem Design gehalten und mit großen, gut lesbaren Aufschriften. Der Mobilfunkkonzern Vodafone hat jedoch mit der "Deutschen Seniorenliga" schon die Initiative "Einfach mobil telefonieren" gestartet, um die älteren Menschen über die Vorteile des Handys aufzuklären. Ein eigenes Senioren-Handy gibt es aber noch nicht. (pte)

Management **P**ersonal **O**rganisation

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Fristlose Kündigung nur bei klarer Rechtslage

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist ein sehr emotionales Thema aber da meist nur zwei Personen – in der Regel ohne Zeugen - beteiligt sind, auch von der Beweislage her schwer zu greifen. Die schnell ausgesprochene fristlose, hilfsweise fristgerechte Kündigung kann da leicht zum Bumerang werden. So hat das Bundesarbeitsgericht jetzt festgestellt, dass eine Kündigung nur gerechtfertigt ist, wenn zweifelsfrei feststehe, dass der „belästigste“ Teil die erfolgten sexuellen Handlungen abgelehnt hat und dies für den „Täter“ erkennbar war. 2 AZR 341/03 Das BAG legt also damit die Schwelle erneut höher, denn meist steht in solchen Fällen Aussage gegen Aussage und somit wird in der Praxis allenfalls eine ordentliche Kündigung in Frage kommen.

Die Schwelle höher gelegt wurde auch beim Betrachten oder Herunterladen von Pornographischen Bildern am Arbeitsplatz. Hier müsse erst eine Abmahnung erteilt werden, bevor – bei Wiederholung – gekündigt werden könne.

Wie unseren Lesern bekannt, kann man diese ganzen Probleme nur mit der Aufspaltung in kleine Einheiten umgehen, am besten unter Einsatz von Limiteds, um nicht unter die Kündigungsschutzgesetzgebung zu fallen.

Neues Meldegesetz erschwert Adressermittlung

Die seit Juni gültige Neuregelung der Meldepflicht öffnet Betrügern Tür und Tor. Unternehmen wird sie großen finanziellen

Schaden zufügen, denn sie erleichtert das Untertauchen von zahlungsunwilligen Kunden. Zieht eine Person um, muss sie am neuen Wohnort keine Abmeldebestätigung der bisherigen Wohnsitzgemeinde und keine Einzugs- oder Auszugsbestätigung des Vermieters als Beweis des tatsächlichen Wohnorts mehr vorlegen. Folglich werden Einwohnermeldeämter bei Anfragen keine verlässlichen Daten über den Wohnort einer Person mehr angeben können.

Doch es gibt auch Alternativen, um einen Schuldner aufzuspüren. Dazu zählen z.B. die Services von supercheck.de, das neben den traditionellen Amtsanfragen auch umfangreiche Datenbestände selbst ermittelter Personen nutzt und diese mit Datenbanken von Unternehmen aus allen Wirtschaftsbereichen abgleicht.

Die Neu-Regelung unterstützt den Trend, die Meldepflicht zu unterlaufen. Mittlerweile wird die Zahl nicht gemeldeter Personen von Experten auf 6 bis 8 Prozent der Gesamtbevölkerung geschätzt. Und dank des neuen Gesetzes ist die Tendenz wohl eher steigend. Denn gerade Schuldner vermeiden vermehrt eine Einwohnermeldeamtsmeldung, mittels derer betroffene Unternehmen den Aufenthalt erfahren könnten.

Bei Supercheck funktioniert die Ermittlung von schnell online und günstig je nach Ermittlungsart für Euro 4,70 bis Euro 9,30, inklusive Zustellbarkeitsprüfung.

In Kürze

Mitarbeiter müssen ihre Reisekosten genau abrechnen. Wissen sie die genauen Reisedaten nicht mehr, haben sie die Pflicht zur Offenlegung. Andernfalls können Arbeitgeber die fristlose Kündigung aussprechen.

Wirtschaft

Niedrigere Kosten und bessere Absatzchancen drängen den Mittelstand zu Auslandsinvestitionen

Nach der aktuellen Studie "Investitionen im Ausland" des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) www.dihk.de setzt sich die Abwanderung deutscher Unternehmen ins Ausland fort. Basierend auf einer Umfrage von 7.500 Unternehmen ist die Zahl derjenigen, die sich in diesem Jahr

außerhalb Deutschlands engagieren wollen, von zuletzt 38 Prozent auf 43 Prozent gestiegen. Als Gründe werden nach wie vor Kostenersparnisse (39 Prozent der Nennungen) angeführt, aber schon dicht gefolgt von Absatzchancen (36 Prozent).

Der Mittelstand scheint hier dem Trend der Großunternehmen zu folgen, denn der überregulierte Arbeitsmarkt und die Kostensituation bewegen auch den Mittelstand dazu, mehr im Ausland zu investieren. Und dass die Produktionsstandorte den Absatzmärkten folgen ist nun wirklich kein neues Phänomen. Auch viele mittelständische Unternehmen denken und handeln heute global. Solange für Investitionen in Deutschland die richtigen Anreize fehlen, sind Investitionen in ausländische Standorte für viele Unternehmer oftmals die bessere Alternative. Letztlich trägt, wie viele Beispiele zeigen, dies auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland bei.

Nach der Untersuchung des DIHK sind es besonders Elektrotechnik, Maschinenbau, chemische Industrie, sowie die Textilbranche, die in den neuen EU-Ländern in Mittel- und Osteuropa investieren. „Wir gehen davon aus, dass der Anteil im Ausland erbrachter Wertschöpfung an deutschen Produkten weiter wächst“, so DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes war dieser Anteil bereits bis 2002 auf 39 Prozent angestiegen. Parallel zum Anstieg der Auslandsinvestitionen geht die Planung für Inlandsinvestitionen zurück. Im Frühsommer 2004 ergab sich schon ein Rückgang von acht Prozent. Aus der Studie des DIHK geht deutlich hervor, dass der Investitionsstandort der Unternehmen mit der geschäftlichen Lage korrespondiert. Unternehmen mit einer guten Geschäftslage investieren eher im Inland, hingegen wird das Ausland von Unternehmen bevorzugt, deren Geschäftserwartung eher trübe ist. Was wieder einmal zeigt, dass nur in der Krise Kreativität und Alternativen eine Chance haben und Firmen denen es gut geht sich lieber satt und zufrieden auf ihren Lorbeeren ausruhen, bis es – zwangsläufig – auch ihnen schlecht geht. Der Exportboom, den Deutschland derzeit erlebt, unterstützt den Trend zu Auslandsinvestitionen aktuell zusätzlich.

Zwar bedeuten Auslandsinvestitionen nicht zwangsläufig den Verlust von Arbeitsplätzen im Inland, sondern können über Vorleistungen und Vorprodukte auch inländische Standorte positiv stimulieren, aber sie sind ein klares Zeichen dafür, dass woanders bessere Ge-

schäfte gemacht werden können. Weitere wichtige Faktoren sind

- der überregulierte Arbeitsmarkt
- die im internationalen Vergleich extrem hohen Arbeitskosten
- die wachsenden Steuer- und Abgabenlasten der Unternehmen
- die Bürokratie
- und ein Bankwesen, dass dem Mittelstand zu großen Teilen von Krediten ausschließt,

die zur schlechten Bewertung des Standortes Deutschland beitragen. Im Gegensatz zu den Zeiten des Aufbaus und des Wirtschaftswachstums bewerten die Banken heute zu wenig zukunftsorientiert und man muß heute leider im wahrsten Sinne des Wortes vom „Bankbeamten“ reden. Gerade neue Geschäftsideen und Geschäftskonzepte scheitern zu oft wegen mangelnden Eigenkapitals. Und das Festhalten am unseligen „Hausbankprinzip“ führt dazu, dass den Unternehmen, die Kredite der Mittelstandsbank (KfW) am dringendsten bräuchten, diese zuverlässig vorenthalten werden. Auch dieser Zustand führt dazu, dass viele mittelständische Unternehmen mit dünner Eigenkapitaldecke gar nicht erst investieren können, während die kapitalstarken Unternehmen ihre profitableren Auslandsstandorte ausbauen. Die Wirtschaftspolitik muss hier dringend die Weichen neu stellen.

Einen Ausweg aus der Finanzierungsmalaise können aber unkonventionelle Wege weisen, wie sie in: „Firmenfinanzierung ohne Banken“, ISBN 3-929004-22-4 (198 €) dargestellt werden. Bezug über Ihre Buchhandlung oder direkt über www.mittelstandsportal.de/pp.html. (uvn/www.ne-na.de)

Businessstravel

Warnwesten nicht vergessen

Warnwesten sind bei Autofahrten in Ländern wie Italien, Spanien und Portugal Pflicht. Das wissen mittlerweile die meisten Autofahrer. Wenig bekannt ist dagegen, dass in allen Fahrzeugen, die steuerlich abgesetzt werden, auch in Deutschland Warnwesten Pflicht sind. Also auch für alle Gewerbetreibenden und Freiberufler. Dabei reicht in Deutschland allerdings eine Warnweste für den Fahrzeugführer, während in den anderen Ländern für jeden Fahrzeuginsassen eine eigene Weste nicht nur mitzuführen, sondern auch sofort griffbereit

Mittelstandsportal-Newsletter

September 2004 – Edition 80 – ISSN 1615-3049

sein muß. D.h. eine Aufbewahrung im Kofferraum reicht nicht und führt zu teilweise empfindlichen Bußgeldern. Die Weste muß übrigens das europäische Kontrollzeichen EN471 tragen.

In Italien und Spanien werden diese Vorschriften gnadenlos ausgenutzt um Reisende abzuzocken. So werden schnell 30 bis 50 Euro pro Weste fällig, wenn diese im Kofferraum deponiert waren und nicht griffbereit im Fahrzeuginneren. Und bis zu 92 Euro wenn keine Weste vorhanden ist. Achten Sie hier bei Mietwagen unbedingt darauf, dass diese mit den entsprechenden Westen ausgestattet sind.

In Kürze

Ab heute zahlen etwa 20 Airlines – u.a. die Lufthansa - bei Flugbuchungen keine Provision mehr an die Reisebüros. Diese müssen nun ihre Kosten über eine sogenannte „Servicepauschale“ vom Kunden erheben, was die Tickets um 10-30 % verteuert. Es empfiehlt sich daher auf Airlines auszuweichen, die bei dieser brutalen Abzocke nicht mitmachen oder hilfsweise die Tickets im Internet direkt auf den Seiten der jeweiligen Airline zu buchen.

Personal News

Sicherheit auf Reisen

Auf Reisen sind die persönlichen Wertsachen je nach Reiseziel und Domizil unterschiedlichen Gefahren ausgesetzt. Besonders gefährdet sind Brieftaschen, Portemonnaies und die Handtaschen der Damen. Ärger mit gestohlenen Reisezahlungsmitteln oder Ausweispapieren muss freilich nicht sein. Dazu sechs Tipps:

☒ Papiere, Bargeld, Schecks und andere Wertsachen gehören niemals ins unbeaufsichtigte Auto. Vielmehr Handschuhfach ausräumen und offen lassen. Das signalisiert: Hier ist nichts zu holen. Von allen Ausweisen sollte immer eine Fotokopie – ggfs. beglaubigt – mitgeführt werden, insbesondere bei Reisen ins Ausland.

☒ Diebe öffnen auch Hoteltüren und kennen alle Verstecke. Daher bietet nur der Hotelsafe Sicherheit für Wertsachen und Zahlungsmittel.

☒ Unterwegs sind Zahlungsmittel am sichersten im Brustbeutel aufbewahrt. Bargeld

sollte möglichst auf zwei Personen verteilt werden.

☒ Kreditkartenbesitzer sollten vor Reisebeginn die Servicetelefonnummer der ausgebenden Kartengesellschaft notieren, um die Karte sofort sperren lassen zu können, falls sie verloren oder gestohlen wird. Bei Verlust der ec-Karte ist eine unkomplizierte Sperrung unter der Telefonnummer 01805 / 021021 möglich (aus dem Ausland 0049 vorwählen).

☒ Um ggfs. Ihre Handy-SIM-Karte sperren lassen zu können, notieren Sie sich unbedingt neben der Nummer des Sperrdienstes Ihre Kundennummer, da sonst die Sperrung abgelehnt wird und die Diebe auf Ihre Kosten teure Ferngespräche führen können. So werden gestohlene Handys oft an Gastarbeiter aus Asien oder Afrika weitergegeben, die damit für einige Tag auf Ihre Rechnung nach Hause telefonieren.

☒ Ob nun bei längerer oder kürzerer Abwesenheit von Haus oder Wohnung gilt grundsätzlich: Schmuck, Edelmetalle, Sammlermünzen, Briefmarken, Wertpapiere und wichtige Dokumente gehören nicht in die Wohnung sondern ins Bankschließfach.

Wenn Sie diese Tipps beherzigen, dürften Sie während und bei der Rückkehr von Ihrer Geschäfts- oder privaten Reise kein allzu böses Erwachen erleben.

Limited-/Incorporated-News

Ein Bankkonto für Ihre Limited

Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sind typisch deutsche Vorlieben und so wundert es nicht, dass viele Banken die Einrichtung eines Kontos für britische Firmen generell ablehnen. Zwar können Sie diese Banken wegen Diskriminierung belangen und vor Gericht zerrren, doch dauert dies lange und schafft natürlich keine Basis für eine gedeihliche Zusammenarbeit. Auch äußern die wenigsten Banken ihre Meinung so offen wie einige Raiffeisenbanken, die britische Firmen ganz offen diskriminieren. Wie sich dies mit dem EU-Gedanken vertragen soll bleibt allerdings schleierhaft. Doch so ist das halt mit Provinzbanken.

Die Grundregel Nummer 1 (Vergleichbarkeit, siehe Firmengründung in Großbritannien, ISBN 3-929004-18-6, 98 € im Buchhandel bzw. 60 € als PDF-File über uns) ist, dass Sie als

Mittelstandsportal-Newsletter

September 2004 – Edition 80 – ISSN 1615-3049

britische Firma auch erst einmal ein Konto in UK einrichten. Dies geht bei einigen Banken direkt im Internet, ohne dass Sie dafür nach England reisen müssen (Details siehe: Mit der Limited arbeiten, ISBN 3-929004-20-8, 98 € bzw. 60 € als PDF-File). Oder Sie fliegen für einen Tag nach London und richten dort ein Konto ein. Was dabei im Detail zu beachten ist finden Sie auch im angesprochenen Buch. Dabei fallen lediglich die Flugkosten und Ihr Zeitaufwand an. Alternativ können Sie, wenn Sie über wenig Zeit verfügen, ein Konto über www.europartner.net einrichten lassen (Kosten 998 €) oder eine bestehende Limited mit fertig eingerichtetem Konto für 3.000 € erwerben.

Haben Sie nun das Konto in Großbritannien, so gehen Sie im zweiten Schritt zuerst einmal zu Ihrer bisherigen Hausbank. Dort sollte auf Grund der Tatsache dass man sie kennt eine Kontoeinrichtung möglich sein. Dabei wird in der Regel ein Referenzschreiben der Hausbank der Limited verlangt (deshalb zuerst das UK-Konto). Weitere Unterlagen und ob diese ins Deutsche übersetzt werden müssen, ist von Bank zu Bank unterschiedlich. Hat Ihre Limited aber nun kein Konto in UK so wird die Bank – in diesem Fall zu recht – eine Kontoeinrichtung ablehnen, da man eine Briefkastenfirma unterstellt. Und der Hinweis auf die EUGH-Urteile zieht dann auch nicht, da in diesem Fall eine Eintragung im deutschen Handelsregister zwingend erforderlich wäre, womit Sie fast aller Vorteile der Limited verlustig gingen. Und wenn Ihre Limited einmal abgelehnt wurde, dann nützt auch die nachträgliche Einrichtung eines UK-Kontos nichts, da Sie dann für die gesamte Bankengruppe als gesperrt gelten.

Sollte Ihre Hausbank sich weigern ein Konto einzurichten oder Sie mit Ihrer Bank nicht die besten Beziehungen unterhalten, dann sind in der Regel die Großbanken und spezielle Wirtschaftsbanken (z.B. Bank für Handel und Industrie) die richtige Anlaufstelle. Begehen Sie aber bitte nicht den Fehler nur mit einer Bank zu reden. Beantragen Sie bei mehreren Banken ein Konto, denn dass man Ihren Antrag entgegenimmt bedeutet noch nicht, dass dieser nicht nach Tagen oder Wochen doch noch abgelehnt wird. Und wenn Sie nicht mehrere Eisen im Feuer haben, würden Sie dann viel Zeit verlieren. Außerdem kann es nie schaden mehrere Bankbeziehungen zu haben. Denn Banken ändern ab und zu Ihre Geschäftspolitik, wie z.B. die Kunden der Dresdner Bank vor einiger Zeit erfahren mussten, als bei dieser mittelständische Kunden nicht mehr erwünscht waren und

teilweise jahrzehntealte Beziehungen aufgekündigt wurden. Setzen Sie also niemals nur auf ein Pferd.

Und wird Ihre Limited offen von einer Bank diskriminiert, d.h. diese ganz offen sagen, dass kein Konto für Limiteds eröffnet wird (Beweissicherung), dann sollten Sie sich nicht scheuen die britische Botschaft und die EU-Behörden einzuschalten sowie Strafanzeige zu stellen. Denn wehret den Anfängen! Diese Zustände hatten wir schon einmal und offenbar hat sich nichts geändert. Niemand nimmt den Banken das Recht für einzelne Personen oder Firmen kein Konto zu eröffnen, aber generell einen Bann gegen Firmen bestimmter Länder zu verhängen, also generell kein Konto für Limiteds einzurichten, ist dies unzulässige Diskriminierung. Nachdem allerdings selbst von der Bundesregierung ganz offen Rassenhass und Diskriminierung propagiert werden – Sachsen erhalten je Jahr der Einheit 1 Euro Arbeitslosenhilfe weniger als Bayern, was ja letztlich die ganzen Montagsdemonstrationen auslöst und den Ost-/West Konflikt anheizt und die Bevölkerung aufhetzt, darf man sich nicht wundern, dass die Banken in dieses Konzert einstimmen.

In Kürze

Vorsicht, wenn Sie sich mit mehreren Freiberuflern in einer Limited zusammenschließen. Sie werden dann gewerbesteuerpflichtig. (Das gilt natürlich auch wenn Sie die Form der GmbH wählen) Dies ist nach Ansicht des Bundesfinanzhofs keine Benachteiligung, da sich Freiberufler ja auch in einer anderen Form organisieren können. Az.IV B 192/03.

Impressum

Mittelstandsportal - ISSN 1615-3049

Interessengemeinschaft Mittelstand e.V.
VR 12712 AG München

Mittelstandsportal.de - Friedrichstraße 90 -
10117 Berlin

Tel./Fax 030 6908 8063
E-Mail info@mittelstandsportal.de

v.i.S.d.G. Ulrich Becker
